

Basel, 21. August 2020

Arbeitsverweigerung des Ständerats erzeugt grosse Unsicherheit für Bauernfamilien

Bio Suisse hat sich im Vorfeld der Debatte für Eintreten und gegen Rückweisung der Agrarpolitik 22+ (AP22+) ausgesprochen. Der Verband teilt diese Position mit der Agrarallianz, der IG DHS und der IGAS. Nach dem Sistierungsentscheid der ständerätslichen Kommission droht ein Machtwort des Volkes – mit einem Ja zu den hängigen Initiativen. Bio Suisse fordert Lösungen für die drängenden Probleme statt politisches Hickhack. Die Bauernfamilien brauchen Planungssicherheit.

Präsident Urs Brändli meint: «Die Probleme mit Pestiziden, Nährstoffüberschüssen, Kraftfutterimporten und beim Tierwohl sind bekannt und zu lösen. Mit ihrer Arbeitsverweigerung riskiert die ständerätsliche Kommission, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger mit den hängigen Initiativen das Heft in die Hand nehmen. Statt einer geregelten Weiterentwicklung müssen die Bauern mit Unsicherheiten und abrupten und unberechenbaren Änderungen rechnen.»

Der Verband der Bio-Bäuerinnen und -Bauern fordert eine Korrektur des Entscheids durch die übergeordneten Instanzen des Parlaments. Der von der parlamentarischen Initiative des Ständerats vorgegebene Absenkpfad Pestizide ist inzwischen ohne Verzögerung weiter zu beschreiten. Die Abstimmungen über die Initiativen «Trinkwasser» und «Schweiz ohne synthetische Pestizide» sind auf den spätestmöglichen Termin zu verschieben. Nur so können die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Resultate der parlamentarischen Beratung berücksichtigen und kaufen nicht die Katze im Sack.

Die mehrjährige Verzögerung der Agrarpolitik ist keine Option. Es gilt, jetzt die Verbesserungen der Agrarpolitik schnellstens zu verankern. Die Forderungen des Postulats der WAK-S sind soweit möglich bereits in die AP22+ zu integrieren, der Rest soll in die übernächste AP einfließen. Der Bundesrat ist gefordert, unverzüglich das Machbare vorzuschlagen. Gleichzeitig sollten auch die Absatzförderung und die Forschung auf die nachhaltiger werdende Landwirtschaft ausgerichtet werden – als Bestandteil des längst überfälligen «Swiss Green Deal».

Die Bio-Landwirtschaft kann einen wichtigen Beitrag zur Lösung der Probleme leisten. Dies anerkennt und fördert die EU mit der neuen Strategie «[Vom Hof auf den Tisch](#)» im Rahmen des 1 Billion Euro schweren «Europäischen Grünen Deals». Die Schweiz ist im Zugzwang: Die EU-Produkte werden ökologischer und tierfreundlicher und damit zieht ein zentrales Argument für den Konsum Schweizer Produkte immer weniger.

Weitere Auskünfte

Lukas Inderfurth, Leiter Kommunikation, 061 204 66 25

Martin Bossard, Leiter Politik, 076 389 73 70

Bio Suisse ist die führende Bio-Organisation der Schweiz und Eigentümerin der Marke Knospe. Der 1981 gegründete Dachverband vertritt die Interessen seiner 7'300 Knospe-Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe. Zudem stehen 1'050 Verarbeitungs- und Handelsbetriebe unter Knospe-Lizenzertrag. Die Knospe ist nachhaltig, weil sie den Menschen heute eine gute Lebensgrundlage bietet, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu beeinträchtigen. Dazu bringt sie die Interessen von Mensch, Tier und Natur ins Gleichgewicht. Damit dieses langfristig erhalten bleibt, kontrollieren unabhängige Stellen jährlich die ganze Wertschöpfungskette. www.bio-suisse.ch